

# Bergkantone wollen mehr Geld, um den Klimawandel bewältigen zu können

Die finanzstarken Kantone verwehren den Bergregionen Hilfe im Kampf gegen den Klimawandel. Sie wollen den Finanzausgleich vielmehr zu ihren Gunsten neu justieren.

Von Stefan Häne

Lawinen, Felsstürze, Rutschungen, Hochwasser: In 438 Fällen haben die Behörden im Kanton Graubünden 2012 kleinere oder grössere Schadensereignisse gezählt. Deren Bewältigung kostet Kantone und Gemeinden Millionen. Auch das Errichten und der Unterhalt der Schutzbauten in rund 1400 betroffenen Gebieten geht mit 18 Millionen Franken pro Jahr ins Geld.

So oder ähnlich wie Graubünden ergeht es auch den anderen Bergkantonen. Aufgrund ihrer Topografie sind sie dem Klimawandel speziell ausgesetzt. So sehen es zumindest die Grünen. Deshalb sollen die Bergler mehr Geld erhalten, und zwar aus den Agglomerationen. Offen ist die genaue Finanzierung dieses Klima-Ausgleichsfonds. Erfolgen könnte sie etwa via die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA).

Der Vorschlag der Grünen findet bei den Bergkantonen Anklang: «Die Idee anerkennt berechnete Anliegen und Probleme der Bergregionen», sagt der Bündner Regierungsrat Mario Cavigelli (CVP), der die Regierungskonferenz der Gebirgskantone präsidiert. Neben Graubünden gehören das Wallis, Uri, Glarus, Tessin sowie Ob- und Nidwalden dazu. Welche Finanzierungsart er favorisiert, will Cavigelli erst beurteilen, wenn die Idee der Grünen an Kontur gewonnen hat.

## Wasserzinsen als Streitpunkt

Die Gebirgskantone erhalten heute zwar im Rahmen des NFA jährlich Bundesbeiträge in der Höhe von 360 Millionen Franken, um ihre geografisch-topografischen Lasten abzufedern. «Spezifische Beiträge für die Bewältigung des Klimawandels fehlen jedoch», sagt Cavigelli. Der Grossteil der Bundesbeiträge fliesse in Kunstbauten wie Stützmauern, Galerien und Tunnels; teuer sei auch das weitläufige Strassennetz in den verwinkelten Bergtälern.

Widerstand weckt die Fondsidee hingegen bei den neun Geberkantonen, die 2014 über 1,5 Milliarden Franken in den Solidaritätstopf einzahlen werden. «Der NFA hat Systemmängel, die behoben werden müssen, bevor daran zu denken ist, neue Ausgleichsmechanismen dieser Art zu schaffen», sagt die Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP), die der Konferenz der Geberkantone vorsteht. Dies umso mehr, als die topografischen Sonderlasten der Berggebiete verglichen mit den soziodemografischen Lasten der Agglomerationen schon heute nachweislich überproportional stark abgegolten würden. Die Geberkantone wollen den NFA deshalb mit verschiedenen Massnahmen «fairer und solidarischer» gestalten. Um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kantone korrekt zu erfassen, sollen neu alle wesentlichen Einnahmen der

Kantone und Gemeinden aus Regalien und Konzessionen im Ressourcenpotenzial berücksichtigt werden. Dazu gehören die Wasserzinsen, die in einzelnen Bergkantonen bis fast 14 Prozent der Steuereinnahmen ausmachen.

Die Geberkantone wollen so ihre Beiträge in den NFA verringern – was Kritik provoziert: «Wenn die Geberkantone den gut funktionierenden NFA mit solchen Forderungen umkrepeln wollen, mache ich mich stark dafür, dass ein Klimalastenausgleich via NFA finanziert werden soll», sagt der Urner Landamann Josef Dittli. Der Freisinnige müsste dies freilich contre cœur tun, weil Klimapolitik grundsätzlich nichts im NFA zu suchen habe, wie er sagt. Auch GLP-Nationalrat und NFA-Experte Roland Fischer warnt davor, «das Fuder zu überladen».

Die Grünen wissen um das Absturzrisiko ihres Vorschlags im Umfeld des NFA-Zwists. Präsidentin Regula Rytz betont denn auch, es handle sich nur um einen von mehreren möglichen Finanzierungswegen. Sie präferiert eine Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe, weil hier ein direkter Verursacherzusammenhang bestehe.

Auch Städte wollen nicht helfen

Der Klima-Ausgleichsfonds stösst auch in Kantonen mit Zentrumslasten wie etwa Bern auf Widerstand. «Alle Regionen in der Schweiz sind in vielfältiger Art vom Klimawandel betroffen, die Stadt Bern beispielsweise von Hochwassergefahren», sagt der Stadtberner Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP). Ein Geldtransfer in Richtung Bergkantone kommt für ihn umso weniger infrage, als die Städte ohnehin schon mit ihren Finanzen und ungedeckten Zentrumslasten zu kämpfen hätten.

Die Finanzierung via CO<sub>2</sub>-Abgabe hält Schmidt für problematisch, da sie als Lenkungsabgabe konzipiert sei und im Prinzip an die Bevölkerung rückerstattet werden müsste. Auch eine Reform des NFA zugunsten der Bergler taxiert er als falsch. Vielmehr sieht er nun «die Anliegen der Städte am Zug».